

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
169 · Ausgabe CH · April 2017
AZB 3001 Bern



amung

STIMMRECHTSAUSWEIS

Dieser Stimmrechtsausweis berechtigt zur Teilnahme an der Urabstimmung über die Reform «Altersvorsorge 2020». Bitte unterschreiben und mit den restlichen Unterlagen (gemäß Rückseite) in das Stimmlokal einbringen.



Eigenhändig

STIMMCOUVE

für die Urabstimmung der SP Reform «Altersvorsorge 2020»

Wegleitung

Stimmzettel von Hand abheben und an die Urabstimmung

Stimmzettel zukleben und in die Urabstimmung

Stimmzettel zukleben und in die Urabstimmung

Stimmzettel zukleben und in die Urabstimmung

Stimmzettel zukleben und in die Urabstimmung

Stimmzettel zukleben und in die Urabstimmung

Stimmzettel zukleben und in die Urabstimmung

Stimmzettel zukleben und in die Urabstimmung

Stimmzettel zukleben und in die Urabstimmung

Stimmzettel zukleben und in die Urabstimmung

Stimmzettel zukleben und in die Urabstimmung

Stimmzettel zukleben und in die Urabstimmung

Stimmzettel zukleben und in die Urabstimmung

Stimmzettel zukleben und in die Urabstimmung

URABSTIMMUNG DER SP SCHWEIZ VOM 29. APRIL 2017

Reform «Altersvorsorge 2020»

STIMMZETTEL

für die Urabstimmung der SP Schweiz vom 29. April 2017

Soll die SP die Reform «Altersvorsorge 2020» unterstützen?

Bitte ankreuzen

Ja Nein

Mach mit!

Soll die SP die Reform «Altersvorsorge 2020» unterstützen? Im April können sich alle Mitglieder in einer Urabstimmung zu dieser Frage äussern. Seiten 2 bis 4

SP FRAUEN*

Die Co-Präsidentin Natascha Wey sagt, warum es die SP Frauen* heute noch braucht, was es mit dem intersektionalen Feminismus auf sich hat und warum die Frauen Ja sagen zur Rentenreform. Seiten 6 und 7

MITTELSTAND

Für die Linke sei es höchst problematisch, wenn sie die politischen Probleme durch das Prisma «Was bedeutet das für den Mittelstand?» anschaut, schreibt Nationalrat Cédric Wermuth. Seiten 16 und 17

Die Basis entscheidet



MITTE MÄRZ HAT DAS PARLAMENT DIE RENTENREFORM 2020 VERABSCHIEDET, IM SEPTEMBER KOMMT DIE VORLAGE AN DIE URNE. WEIL DIE ALTERSVORSORGE EINES DER WICHTIGSTEN THEMEN DER SP IST, SOLL DIE BASIS DIE PAROLE IN EINER URABSTIMMUNG BESCHLIESSEN.

Nach über zwei Jahren intensiver Debatte hat das Parlament in der Frühlingsession die Rentenreform 2020 verabschiedet. Wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Teil der Vorlage ist, untersteht die Vorlage dem obligatorischen Referendum und kommt am 24. September zur Abstimmung.

Der Bundesrat verfolgte mit seinem ursprünglichen Reformprojekt zwei Ziele: Er wollte eine Rentensenkung verhindern und gleichzeitig die Finanzierung der AHV mittelfristig garantieren. Das Parlament veränderte die Vorlage des Bundesrats zwar grundlegend, die beiden ursprünglichen Ziele bleiben aber erhalten.

Verbesserung der Renten

Durch die Rentenreform 2020 wird das Rentenniveau nicht nur erhalten, sondern sogar erhöht – zum ersten Mal seit vierzig Jahren. Einerseits erhalten alle Neurentnerinnen und Neurentner einen Zuschlag von

Andrea Bauer,
Redaktorin «links»

840 Franken pro Jahr, und die Ehepaarrenten werden um bis zu 2712 Franken pro Jahr erhöht. Andererseits wird die zweite Säule neu gestaltet, sodass unter anderem die Teilzeitarbeitenden von einer besseren Deckung profitieren. Mit diesen beiden Massnahmen werden die Rentenverluste ausgeglichen, welche sich aus der Absenkung des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule von 6,8 auf 6 Prozent ergeben. Am stärksten profitieren von der Erhöhung die tiefen Einkommensklassen und die Frauen.

AHV-Finanzierung gesichert

Wegen der Babyboom-Generation steigen die finanziellen Bedürfnisse der AHV in den nächsten Jahren. Mithilfe verschiedener Massnahmen stellt die Rentenreform die AHV mittelfristig wieder auf eine solide finanzielle Grundlage: Der Anteil der Mehrwertsteuer, der in die AHV fliesst, wird auf 0,6 Prozent erhöht, die Lohnbeiträge um

0,3 Prozent (je 0,15 Prozent zulasten von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden), und das Frauenrentenalter wird auf 65 Jahre angehoben. Der Bund wird ausserdem weiterhin fast 20 Prozent der AHV-Ausgaben decken. Das Parlament lehnte den Antrag des Bundesrats, diesen Beitrag zu senken, ab.

Basis entscheidet

Insbesondere die Erhöhung des Frauenrentenalters ist ein hoher Preis, gleichzeitig bringt die Reform Verbesserungen, von denen gerade Frauen stark profitieren. Insgesamt betrachtet die SP-Fraktion die Rentenreform als ausgeglichen und vertretbar und hat sie in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen. Weil die Altersvorsorge für die SP jedoch seit jeher eine grosse Bedeutung hat, soll die Basis das letzte Wort haben. Die Delegierten haben an ihrer Versammlung in Bellinzona Anfang April beschlossen, die SP-Mitglieder im April mittels einer Urabstimmung dazu zu befragen. Mit 140 zu 9 Stimmen empfehlen die Delegierten ein Ja zur Rentenreform.

Pro/Contra ▶ Seite 4



Die Urabstimmung in Kürze

Wie lautet die Frage?

Soll die SP die Altersvorsorge 2020 unterstützen? ja/nein

Wer ist stimmberechtigt?

Alle registrierten Mitglieder der SP Schweiz (Stichtag: 3. April)

Wie sehen die Abstimmungsunterlagen aus?

Alle Stimmberechtigten erhalten ein Couvert mit einem Abstimmungsbüchlein, einem Stimmrechtsausweis, einem Stimmzettel, einem Couvert für den Stimmzettel und einem Rückantwortcouvert.

Wann findet die Abstimmung statt?

Die Unterlagen werden ab dem 7. April verschickt. Abstimmungsfrist ist der 29. April, 12 Uhr. Das Couvert kann entweder per Post ans Sekretariat geschickt oder dort abgegeben werden.

Wann wird das Resultat bekannt gegeben?

Die Stimmzettel werden am Sonntag, 30. April vom Abstimmungsbüro ausgezählt. Das Resultat wird am selben Tag öffentlich bekannt gegeben.

ÜBERSICHT «RENTENREFORM 2020»

Thema	Geltendes Recht	Altersvorsorge 2020	Beurteilung Geschäftsleitung
Rentenalter	♀: 64 Jahre, ♂: 65 Jahre	♀/♂: 65 Jahre	-
AHV-Renten	Minimalrente: 1175.- Maximalrente: 2350.- Maximale Ehepaar-Rente (150 % der Maximalrente): 3525.-	Minimale AHV-Rente: 1245.- Maximale AHV-Rente: 2420.- Maximale Ehepaar-Rente (155 % der Maximalrente): 3751.- = 1. Ausgleichsmassnahme	+
Finanzierung der AHV	Lohnbeiträge: 8,4 % (je 4,2 % für Arbeitgebende und -nehmende)	Lohnbeiträge: 8,7 % (je 4,35 % für Arbeitgebende und -nehmende)	+
	Keine MWST-Erhöhung	Erhöhung der MWST: 0,6 % (= 8,3 % 2021)	+
	Bundesbeitrag: 19,55 % der Jahresausgaben	Beibehaltung des Bundesbeitrags: 19,55 % der Jahresausgaben	+
Flexible Pensionierung	Vorbezug der Rente um höchstens 2 Jahre. Es kann nur ein vollständiges Jahr vorbezogen werden (Kürzung der Rente um 6,8 % pro vorbezogenes Jahr). Aufschieb der Rente um höchstens 5 Jahre. ♀: 62–69 Jahre ♂: 63–70 Jahre	Flexible Pensionierung zwischen 62 und 70 Jahren. Möglichkeit, einen Teil der Rente vorzubeziehen oder aufzuschieben (zwischen 20 % und 80 %). Geringere Kürzung der Rente bei Vorbezug. BVG: Pensionierung mit 60 Jahren weiterhin möglich.	+
Umwandlungssatz und Massnahmen in der 2. Säule	6,8 %	6,0 % bis 2021	-
	Fixer Koordinationsabzug	Variabler Koordinationsabzug, der Teilzeitarbeit und tiefe Einkommen besser berücksichtigt. = 2. Ausgleichsmassnahme	+
	Die Vorsorgeeinrichtungen würden weiter ihre Umwandlungssätze im überobligatorischen Bereich senken oder Sanierungsbeiträge erheben zur Finanzierung des Umwandlungssatzes von 6,8 %.	Für 45-Jährige und Ältere: Besitzstandsgarantie. Sie werden Leistungen zu einem Umwandlungssatz von 6,8 % erhalten. = 3. Ausgleichsmassnahme	+
Transparenz bei den Lebensversicherern	Lebensversicherer können 10 % des Gesamtumsatzes für sich beanspruchen («Legal Quote»).	«Legal Quote»: 10 %	-
	Keine Plafonierung der missbräuchlichen Risikoprämien	Plafonierung der Prämien auf 100 % des erwarteten Schadensfalls	+
Ältere Arbeitslose	Ältere ausgesteuerte Arbeitslose verlieren ihr Recht auf BVG-Renten.	Pflicht der Pensionskassen, 58-jährige oder ältere Arbeitslose bis zur Pensionierung weiter zu versichern.	+



Leyla Gül,
Co-General-
sekretärin der
SP Schweiz

Auf Grosses mit Grosse antworten

Um ehrlich zu sein, die Frage brachte mich etwas aus dem Konzept: «Warum eine Urabstimmung?» «Warum jetzt, und weshalb gerade zum Thema Altersvorsorge?» So interessant und abwechslungsreich die vorangegangene Debatte zum Thema Altersvorsorge 2020 gewesen war – hier stockte sie für einen Moment. «Warum nicht?», lag mir auf der Zunge, aber das wäre etwas zu schnoddrig gewesen. Zuvor hatten wir uns in der Sektionsversammlung eine gute Stunde lang mit dem Reformprojekt auseinandergesetzt. Kritische Fragen wechselten sich ab mit Informationen und Einschätzungen, und es war bereits zu diesem Zeitpunkt spürbar, dass die Vorlage die Gemüter bewegt – das Spektrum ging von «voll dafür» bis zu «superkritisch». Interessanterweise waren sich bei einer Frage jedoch alle Anwesenden einig: Die AHV ist eine der wichtigsten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts. Sie ist das grosse soziale Projekt, das von der SP so lange hartnäckig gefordert wurde, bis es 1947 vom Stimmvolk triumphal angenommen wurde – mit 80 Prozent Ja-Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 79 Prozent! Die AHV ist gross, sie ist wichtig und sie ist zukunftsweisend für unsere Bevölkerung, denn sie ist der Kitt, der die Generationen zusammenhält. Jede Änderung, die hier vorgenommen wird, hat Auswirkungen auf die soziale Sicherheit und damit auf den sozialen Frieden. Und auch wenn es etwas nach Pathos riecht: Die Altersvorsorge 2020 ist historisch.

Genau das beantwortet die Frage zur Urabstimmung doch am besten. Auf Grosses wird mit Grosse entgegnet, ganz nach dem Prinzip «Form follows Function». Für eine der wichtigsten Vorlagen der Legislatur stellen wir eines unserer wichtigsten Instrumente zur Verfügung und schreiben damit ein bisschen Parteigeschichte. Die Urabstimmung erlaubt es uns, die Reform der ersten und der zweiten Säule so sorgfältig und breit zu diskutieren, wie es nur möglich ist. Und natürlich macht es Spass, Dinge zu tun, die sonst keine andere Partei tut! So sind und bleiben wir die Partei der Innovation und der Mitbestimmung. Übrigens nicht nur auf nationaler Ebene, sondern zum Beispiel auch hier: www.vorwahlengr.ch. Wir sind bereit – ihr auch?

◆ PRO ◆



Silvia Schenker, Nationalrätin BS

Ist die Rentenreform 2020 ein gute Vorlage, der wir zustimmen sollen? Um das zu entscheiden, ist eine Gesamtbilanz notwendig. In die Beurteilung einzubeziehen sind zwingend auch die Verschlechterungen, die mit grossem Einsatz im Parlament verhindert werden konnten. Als grösster Erfolg zu werten ist, dass die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre vom Tisch ist. Auch die Kürzungen bei den Witwenrenten, Verschlechterungen bei den Waisenrenten und die Streichung der AHV-Kinderrenten wurden wieder aus der Vorlage entfernt. Ebenso konnte der Angriff auf bisherige Renten abgewehrt werden – auch das ist nicht zu unterschätzen. Dass wir all diese Verschlechterungen verhindern konnten, ist angesichts der aktuellen Zusammensetzung des Parlaments ein ausserordentlicher Erfolg.

Den Kampf gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters haben wir leider verloren. Verloren haben wir auch beim Umwandlungssatz. Die Senkung von 6,8 auf 6 Prozent liess sich nicht verhindern. Dafür fehlten uns im Parlament die notwendigen Koalitionspartner.

Dennoch haben wir einen historischen Sieg errungen! Die AHV der zukünftigen Rentnerinnen und Rentner steigt für Einzelpersonen um 840 Franken pro Jahr, bei Ehepaaren um bis zu 2712 Franken. Das war ein harter Kampf. Die bürgerliche Rechte wollte um jeden Preis verhindern, dass das zusätzliche Geld, das die Leute in ihre Altersvorsorge investieren, in die AHV fliesst. Sie wollten zudem unbedingt verhindern, dass Personen mit hohen Einkommen einen höheren Solidaritätsbeitrag zugunsten jener mit tiefen Einkommen bezahlen müssen. In diesem erbittert geführten Kampf ging es um die Kernfrage: Gewinnt die erste Säule, die solidarisch finanziert ist und von der insbesondere die Frauen profitieren, oder geht die zweite Säule und mit ihr die Versicherungslobby als Siegerin vom Platz?

«Die AHV geht politisch gestärkt und finanziell gesichert aus dieser Reform hervor.»

Wir haben – vorläufig – gewonnen. Gewonnen hat die AHV als zentrale Säule der sozialen Sicherung. Mit ihr gewinnen all diejenigen, für welche die AHV die wichtigste Einkommensquelle im Alter ist. Wir haben im Parlament einen historischen Sieg in einer für uns zentralen Frage errungen. Die AHV geht politisch gestärkt und finanziell gesichert aus dieser Reform hervor – das ist eine historische Trendwende.

Die Frauen zahlen einen hohen Preis, das ist unbestritten. Für sie wurde aber auch einiges erreicht. Neben der Erhöhung bei der AHV profitieren Frauen besonders vom verbesserten Zugang zum BVG für Teilzeitbeschäftigte. Bemerkenswert ist zudem die Verbesserung für ältere Arbeitslose: Wer nach 58 die Stelle verliert, kann mit der Reform in der bisherigen Pensionskasse versichert bleiben und verliert den Anspruch auf die Rente nicht.

Die Gesamtbilanz der Vorlage, die wir im Parlament erkämpft haben, ist klar positiv. Geben wir alles, damit die Rentenreform 2020 auch an der Urne eine Mehrheit findet!

◆ CONTRA ◆



Martine Docourt, SP-Fraktionschefin im Neuenburger Grossen Rat

Die Rentenreform wird häufig als notwendiges Übel beschrieben. Beim Abwägen von Vor- und Nachteilen gibt es keine Zweifel: Dem Projekt werden die Frauen und die heutigen Rentnerinnen und Rentner geopfert.

Schon allein die Begriffe, mit denen man dem Volk die Reform «Altersvorsorge 2020» schmackhaft machen will, sprechen Bände. Die «bittere Pille» oder die «Kröte, die zu schlucken ist», bekräftigen nur, was viele schon wissen: Es geht um die Annahme einer untragbaren Reform unter dem Deckmantel des «am wenigsten schlechten Kompromisses».

«Dem Projekt werden die Frauen und die heutigen Rentnerinnen und Rentner geopfert.»

Erklärtes Ziel der Reform ist es, die Renten nachhaltig zu sichern. In diesen harten Zeiten gibt es kein Zaubermittel, man muss sparen. Die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre generiert eine Summe von 1,2 Milliarden Franken. Die Bürgerlichen haben seit Jahren alles unternommen, um diese Erhöhung durchzubringen. Nun haben sie ihr Ziel erreicht. Die Frauen werden geopfert, obwohl ihre Renten schon jetzt 37 Prozent tiefer sind als jene der Männer. Hauptgrund dafür ist: Die Frauen haben die schlechteren Löhne. Dabei leisten sie noch immer zwei Drittel der unbezahlten Arbeit (Küche, Haushalt, Kinderbetreuung). Ist es fair, den Frauen die Rechnung noch gesalzener zu machen, wenn das Parlament selber jeden konkreten Eingriff zugunsten der Lohnungleichheit ablehnt? Zudem bedeutet eine Erhöhung des Rentenalters für Leute, deren man sich «entledigt», kaum sind sie 60, dass sie noch länger leiden müssen. Ihre Situation wird sicher nicht verbessert. Ist es nicht Zeit, die Problematik anders anzugehen?

Auch die heutigen Rentnerinnen und Rentner müssen bluten. Ihre Kaufkraft nimmt laufend ab, Krankenkassenprämien und Mieten steigen. 1,4 Millionen Menschen gehören in der Schweiz der Generation 65+ an. Diese Bevölkerungsgruppe ist anteilmässig am meisten von Armut betroffen. Die Pensionierung geht zu oft mit einem deutlichen Einkommensabbau einher, was direkt in die Armutsfalle führt.

Frauen, Männer, pensioniert oder erwerbstätig, wir alle werden von zwei besonders unsozialen Massnahmen betroffen sein: der Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,6 Prozentpunkte und der (vom Volk 2010 übrigens deutlich abgelehnten) Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 auf 6 Prozent. Schliesslich wird auch die an sich positive Erhöhung der AHV-Renten nicht ausreichen, um die Verluste der zukünftigen Pensionierten zu kompensieren.

Eine sinnvolle Investition

AUS DER ATOMENERGIE AUSSTEIGEN, MEHR ERNEUERBARE ENERGIEN NUTZEN UND WENIGER ENERGIE BRAUCHEN. DAS SIND DIE DREI PFEILER DER ENERGIESTRATEGIE DES BUNDES-RATS, ÜBER DIE WIR AM 21. MAI ABSTIMMEN.

Wenige Monate nach der Atomkatastrophe von Fukushima 2011 haben Bundesrat und Parlament beschlossen, dass in der Schweiz keine neuen Atomkraftwerke gebaut werden sollen. In der Folge erarbeitete der Bundesrat die Energiestrategie 2050. Letzten September verabschiedete das Parlament das erste Massnahmenpaket dazu. Weil die SVP das Referendum ergriff, kommt die Vorlage nun zur Abstimmung.

Die SP wäre gerne weiter gegangen und forderte namentlich einen verbindlich terminierten Atomausstieg. Trotzdem unterstützt sie die Energiestrategie 2050 und damit das vorliegende Energiegesetz mit Überzeugung.

Atomausstieg endlich schaffen

Wir haben die ältesten AKW der Welt. Mühleberg geht 2019 vom Netz, die anderen AKW werden folgen. Auch weil sie hoch defizitär sind. Der Import von Dreckstrom aus dem Ausland ist keine Alternative. Die Energiestrategie setzt folgerichtig auf die Versorgung mit erneuerbaren Energien. Und mit einer

Änderung des Kernenergiegesetzes – ebenfalls ein Teil der Energiestrategie – wird der Bau von neuen AKW ausgeschlossen.

Erneuerbare Energien fördern

Um mehr Anlagen fördern zu können, wird der Netzzuschlag von heute 1,5 Rappen auf maximal 2,3 Rappen erhöht. Diese Erhöhung kostet die Haushalte jährlich durchschnittlich 40 Franken. Damit kann ein Teil der 40 000 Projekte, die auf der Warteliste für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) stehen, endlich realisiert werden. Insgesamt produzieren diese Anlagen dereinst mehr Strom als die AKW Beznau I und Beznau II zusammen. Dank der Umgestaltung des Fördersystems kann die Wasserkraft zudem umweltverträglicher gefördert werden.

Energieeffizienz verbessern

Die Energiestrategie setzt Effizienzziele und schafft Anreize zu geringerem Verbrauch bei gleichem oder sogar höherem Komfort. Mehr Effizienz ist realistisch, weil Geräte immer effizienter werden.

Andrea Bauer,
Redaktorin «links»

Während der Bestand an Elektrogeräten in den letzten 13 Jahren um 46 Prozent zugenommen hat, hat sich deren Gesamtverbrauch um fast 6 Prozent reduziert. Autoimporteure müssen die CO₂-Emissionen von neuen PKW in den nächsten fünf Jahren auf durchschnittlich 95 g CO₂/km reduzieren. Neu gibt es auch für Nutzfahrzeuge einen solchen Durchschnittswert.

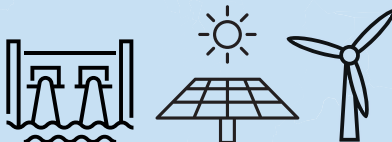
Wertschöpfung hier behalten

Die Schweiz importiert schon heute jedes Jahr Energie für rund 10 Milliarden. Dieses Geld fliesst ins Ausland. Beim Strom profitieren europäische Dreckstromproduzenten, bei Öl und Gas sind es Libyen, Russland, Kasachstan, Nigeria oder Aserbaidschan. Das macht Diktatoren noch mächtiger und Oligarchen noch reicher. Wasserkraft, Biogas, Solar- und Erdwärme, Holz und Windkraft hingegen generieren Wertschöpfung im Inland. Es profitieren Bauunternehmen, Elektroinstallateurinnen, Gebäudetechniker, aber auch Bäuerinnen, Förster, Holzverarbeiter und Ingenieurinnen. Dank der Energiestrategie bleiben Geld und Arbeitsplätze langfristig hier.

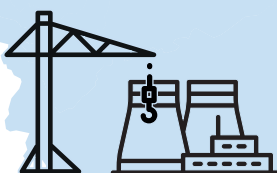
STEIGERUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ



AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN



ATOMAUSSTIEG



ENERGIE STRATEGIE JA

DARUM GEHT ES

Mit der Energiestrategie 2050 legt der Bundesrat ein Paket mit wichtigen Weichenstellungen für mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien vor und schliesst den Bau neuer AKW aus. Um die Massnahmen zu finanzieren, wird der Netzzuschlag von 1,5 auf 2,3 Rp./kWh erhöht. Eine durchschnittliche Familie bezahlt dadurch pro Jahr 40 Franken mehr. Diese Kosten sind eine sinnvolle Investition. Die Vorlage wird von Bundesrat, Parlament, Kantonen und fast allen Parteien befürwortet. Einzig die SVP hat das Referendum ergriffen.

Die drei Pfeiler der Energiestrategie 2050: Steigerung der Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien und Atomausstieg.



«Lohnungleichheit steht uns zu, die müssen wir nicht verhandeln»

CO-PRÄSIDENTIN NATASCHA WEY SAGT, WARUM ES DIE SP FRAUEN* AUCH NACH HUNDERT JAHREN NOCH BRAUCHT, WAS ES MIT DEM INTERSEKTIONALEN FEMINISMUS AUF SICH HAT UND WARUM DIE FRAUEN* JA SAGEN ZUR RENTENREFORM 2020.

Natascha, die SP Frauen* wird dieses Jahr hundert Jahre alt. Weshalb braucht es sie 2017 noch?

Es gibt zwei Hauptgründe. Erstens: Solange die Gleichstellung nicht erreicht ist, auch innerhalb der SP nicht, brauchen wir diese Struktur. Zweitens: Wenn sich Leute zusammenschliessen, weil sie sich für ihre Anliegen starkmachen wollen, dann ist das ein demokratischer Prozess. Die steigende Zahl der Frauen an unseren Versammlungen zeigt, dass viele Frauen das Bedürfnis haben, sich zu engagieren.

Überhaupt scheint die feministische Bewegung ein Revival zu erleben ...

Historikerinnen würden das wohl kritischer bewerten. Die feministische Bewegung war immer da. Was jedoch zugenommen hat, ist ihre Sichtbarkeit. Zurzeit bezeichnen sich auch wieder mehr Frauen öffentlich als Feministinnen.

Hat das letztlich auch mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus zu tun?

Klar sind Rechtspopulisten ein Verstärker. Du musst plötzlich Dinge verteidigen, von denen du geglaubt hattest, sie seien selbstverständlich. Sexismus ist wieder viel salonfähiger. Die Abtreibungsfrage etwa ist in den USA oder Polen wieder stark in den Fokus gerückt. Auch die «Weltwoche» hat sie erst kürz-

Interview:
Andrea Bauer

lich aufs Titelblatt gehievt. Es kommen aber andere Komponenten dazu. Die USA hat mit «Occupy Wallstreet» oder «Black lives matter» bereits eine längere Tradition der Protestbewegungen. Sie vermischen sich nun mit der feministischen Bewegung. Die schwarzen Aktivistinnen, die beispielsweise beim Womens-March den Lead hatten, sind stark verbunden mit der «Black lives matter»-Bewegung.

Nicht nur die Bewegungen mischen sich, sondern auch ihre Anliegen – feministische, antikapitalistische, ökologische oder antirassistische. Welche Idee steckt hinter diesem sogenannten intersektionalen Feminismus?

Dass das Geschlecht nur ein Merkmal von vielen ist. Und es folglich ganz unterschiedliche Diskriminierungsformen gibt, die sich überschneiden. Eine Frau mit Kopftuch kann wegen ihres Geschlechts diskriminiert werden, aber auch wegen ihrer Religion oder weil sie vielleicht Migrantin ist.

«Wir müssen die Dinge wieder erklären. Das mag langweilig scheinen, aber es ist nötig.»

Die SP hat feministisch und in der Gleichstellungspolitik immer dann viel bewegt, wenn die SP Frauen* stark war.

Was heisst das für die Arbeit der SP Frauen*?

Intersektional denken heisst auch, den Kontakt mit anderen Gruppen und ihren Emanzipationskämpfen zu suchen. Für uns muss es heissen: weniger akademisch sein, heterogener werden, mehr Frauen aus unterschiedlichen Lebenszusammenhängen miteinbeziehen und unsere Forderungen mit ihnen zusammen aushandeln. Mein Ziel ist, dass die Versammlungen der SP Frauen breiter werden und mehr Frauen teilnehmen, die andere Perspektiven – auch nicht weisse und nicht schweizerische – einbringen.

Die SP Frauen* war in den letzten Jahren nicht sehr aktiv. Wie willst du das ändern?

In den letzten Jahren lag der Fokus stark auf der institutionellen Politik. Mein Ziel ist es in einem ersten Schritt, die Frauen überhaupt alle wieder zusammenzubringen. Dafür zu sorgen, dass die Versammlungen gut besucht sind und es anregende Debatten gibt. Ich war im letzten halben Jahr in vielen Sektionen und habe gemerkt: Es gibt einen grossen Gesprächsbedarf zwischen den Generationen. Du kannst nicht erwarten, dass eine ältere Frau einfach so weiss, was das soll mit diesem Sternchen. Oder was intersektionaler Feminismus ist. Wenn wir es aber vertreten, müssen wir es erklären können. Wir müssen mehr feministische Grundlagenarbeit leisten. Auch was die Themen angeht.

Was meinst du damit?

Wir müssen die Dinge wieder erklären. Was heisst denn Lohnungleichheit? Meinen wir die individuelle Ebene – oder dass Frauenberufe schlechter bezahlt sind? Das mag langweilig scheinen, aber es ist nötig. Daraus können wir Forderungen entwickeln. Letztendlich haben wir als SP Frauen* nur eine Stimme, wenn wir zu Vorlagen Stellung beziehen.

Zur Rentenreform 2020 habt ihr bereits Stellung bezogen. Die SP Frauen* sagt Ja – trotz Erhöhung des Frauenrentenalters, das jahrelang das Pfand für die Lohnungleichheit war. Wie verlief die Diskussion dazu?

Zuerst einmal ist der Vergleich mit dem Pfand eigentlich problematisch, denn Lohngleichheit steht uns verfassungsmässig zu. Die müssen wir nicht verhandeln. Aber es war lange Jahre eine klare politische Forderung, dass das Rentenalter ohne Lohngleichheit nicht erhöht werden darf. In diesem Sinne habe ich Verständnis für den Widerstand von Frauen gegen die Reform. Die Erhöhung des Rentenalters tut weh, zumal sie auch zu einem grossen Teil zur Sanierung der AHV beiträgt. Dennoch haben wir uns nach langer Debatte für ein «Ja» entschieden. Einerseits, weil wir die Fortschritte in der Vorlage sehen, gerade die Verbesserungen in der Pensionskasse bei der Versicherung von Teilzeitarbeit kommt den Frauen zugute. Auch die Erhöhung der AHV-Renten um 840 Franken nützt insbesondere den Frauen. Und letztlich sehen wir auch die politische Ausgangslage: Zu verhindern gilt es Rentenalter 67 und die Erhöhung des Frauenrentenalters ohne Gegenleistung.

Du kommst aus der feministischen Bewegung – was interessiert dich an der SP Frauen*?

Es ist mir ein Anliegen, die feministische Diskussion in der SP zu verstärken. Der Blick in die Geschichte zeigt: Die SP hat feministisch und in der Gleichstellungspolitik immer dann viel bewegt, wenn die SP Frauen* stark war. Und zwar als Kollektiv. Hinzu kommt: Wenn du eine starke Frauenpartei hast, treten Frauen eher bei. Es ist ein Problem, dass es in der Politik zu wenig Frauen hat.

Gehört die parteiinterne Frauenförderung zu den Aufgaben der SP Frauen*?

Sicher. Die SP Frauen* hat die Aufgabe, die kritische Frauenstimme in der SP zu sein. Gerade Frauen, die neu in der SP sind, haben manchmal Mühe mit einem Debattenstil, der ziemlich männlich ist. Wir müssen ihnen klarmachen, dass das nicht unbedingt mit ihrer Persönlichkeit zu tun hat, sondern mit ihrem Geschlecht. Die Frage des Geschlechts hat die SP in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt. Man ging davon aus, dass sie in der SP keine Rolle spielt. Das stimmt leider nicht. Wenn etwa über eine mögliche Nachfolge von Christian Levrat gesprochen wird, ist immer von den gleichen beiden Männern die Rede. Oder hat schon mal irgendwer eine Frau genannt ...?

SAVE THE DATES

Zum 100-Jahr-Jubiläum der SP Frauen* finden 2017 zahlreiche Anlässe statt. Hier schon mal ein paar Daten für die Agenda.

Freitag, 23. Juni

Symposium «Menschenrechte sind Frauenrechte», PROGR Bern

Samstag, 2. September

Mitgliederversammlung SP Frauen* (Verabschiedung eines Positionspapiers zuhanden der SP Schweiz), PROGR Bern

Samstag, 14. Oktober

DV SP Schweiz mit Schwerpunkt SP Frauen*, Olten

Freitag, 3. November

Jubiläumsfest «100 Jahre SP Frauen* Schweiz», PROGR Bern

Aktuelle Informationen finden sich jeweils auf www.sp-frauen.ch

SP FRAUEN* SAGT JA ZUR RENTENREFORM 2020

Die SP Frauen* hat an ihrer Mitgliederversammlung Ende März mit 50 zu 19 Stimmen die Zustimmung zur Rentenreform 2020 beschlossen. Die vorbehaltlose Unterstützung der Reform ist aber für alle Frauen schwierig. Die Reform bringt einigen Frauen Fortschritte, die Sanierung der AHV wird dennoch massgeblich über die Erhöhung des Frauenrentenalters finanziert. Die SP Frauen* hat deshalb gleichzeitig eine Resolution zuhanden der SP Schweiz verabschiedet. Mit der Resolution fordern die Frauen von der SP Schweiz eine Offensive für die Gleichstellungspolitik. Die Partei soll sich verstärkt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gleiche Löhne für gleiche Arbeit, eine angemessene Vertretung der Frauen in Politik und Wirtschaft und gegen Gewalt an Frauen einsetzen. Zudem soll die Partei diese Themen vermehrt intern diskutieren und eine aktivere Frauenförderung betreiben.

Service public statt Wettbewerb

DIE GESUNDHEITSVERSORGUNG MUSS TEIL DES SERVICE PUBLIC SEIN: NUR SO KÖNNEN WIR DIE PRÄMIENLAST EINDÄMMEN.



Marina Carobbio,
Nationalrätin TI

Die Krankenkassenprämien steigen von Jahr zu Jahr und sind für einen grossen Teil der Bevölkerung schmerzhaft: einerseits weil die Löhne weit hinter dieser Entwicklung zurückbleiben, andererseits weil die Prämienverbilligungen seit 2011 nicht mehr mit dem Prämienwachstum Schritt halten. Ausserdem gilt immer noch das System der Kopfprämien.

Für Haushalte mit kleinen bis mittleren Einkommen werden die Prämien zu einer grossen Belastung. Rund 20 Prozent ihres verfügbaren Einkommens muss eine vierköpfige Familie im Kanton Bern für die obligatorische Grundversicherung ausgeben!

Gesundheitskosten und Prämien steigen weiter

Die Prämienexplosion ist nur teilweise auf das Wachstum der Gesamtkosten im Gesundheitswesen zurückzuführen, denn der Anstieg dieser Kosten ist weniger markant als der Prämienanstieg. Eine kürzlich von Credit Suisse publizierte Studie geht davon aus, dass die Gesundheitskosten jährlich um über 3 Prozent steigen und die Prämien pro Kopf sich bis 2040 fast verdoppeln. Noch schlimmer ist die Prognose von Ernst & Young: Sie rechnen mit einer Verdoppelung bis 2030.

Schwer zu sagen, welches Szenario eintreffen wird. Sicher ist, dass die Kosten und somit die Prämien im Gesundheitswesen weiter steigen, nicht zuletzt wegen der demografischen Alterung und des technologischen Fortschritts.

Es braucht darum dringend Massnahmen, um die Prämienlast zu reduzieren und die Kosten in den Griff zu bekommen, gleichzeitig aber auch eine qualitativ hochstehende und für alle zugängliche Gesundheitsversorgung zu garantieren. Sonst besteht ein grosses Risiko, dass rationiert wird, Leistungen reduziert werden und die Versicherten einen wachsenden Teil der Leistungen aus der eigenen Tasche bezahlen müssen.

Wettbewerb und Privatisierung sind verantwortlich

Hauptverantwortlich für den Kostenanstieg sind der Wettbewerb und die Privatisierung im Gesundheitswesen. Der Gesundheitssektor wird immer mehr zu einem lukrativen Markt, der gewinnorientierte Investoren anzieht. Sie haben mit dem Gesundheitssystem nichts zu tun, wollen aber möglichst viel Profit daraus ziehen. Wettbewerb und Privatisierung führen zu einer kostspieligen Aufrüstungsspirale im Spitalbereich und treiben die Prämien in die Höhe. Die Beispiele häufen sich: Die Hirslanden-Gruppe führt mehrere ambulante Gesundheitszentren in der Deutschschweiz und neu auch im Tessin; der internationale Konzern Fresenius AG führt Dialysepraxen, und die Amedis AG betreibt mehrere Kliniken und Arztpraxen. In den Kantonen Aargau, Zürich und den beiden Basel bestehen Pläne, öffentliche Spitäler

zu privatisieren. Die Migros führt ambulante Gesundheitszentren, und private Investoren betreiben Arztpraxen, mit denen sie gute Geschäfte machen.

Mehr Mitsprache der öffentlichen Hand

Auch im ambulanten Bereich müssen die Fehlanreize, mithilfe unnötiger Behandlungen den Profit zu erhöhen, beseitigt werden. Dafür braucht es eine aktivere Steuerung durch die öffentliche Hand. Die SP unterstützt eine Revision der ärztlichen Tarife, die 700 Millionen Franken Einsparungen bringen soll, die Transparenz erhöht und die Grundversorgung stützt. Die öffentliche Hand muss dringend auch bei der Zulassung von neuen Ärztinnen und Ärzten mitreden können. Es braucht verbindliche Qualitätskriterien, damit keine unnötigen Leistungen erbracht werden. Ebenfalls muss der Staat die Instrumente haben, um das Kostenwachstum zu kontrollieren und ungerechtfertigter Mengenausweitung Einhalt zu gebieten. Schliesslich müssen die Kompetenzen der Patientinnen und Patienten gestärkt werden, damit diese in der Lage sind zu entscheiden, ob eine Behandlung nötig ist oder nicht.

Politischer Kampf auf nationaler und kantonaler Ebene

Parlamentarisch haben wir mehrmals versucht, das Prämienwachstum zu begrenzen. Eine Motion, welche die Prämienbelastung der Haushalte auf 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens begrenzen wollte, fand aber keine Mehrheit. Gleichzeitig versuchen mehrere Kantonalparteien mithilfe von Initiativen dasselbe auf kantonaler Ebene zu erreichen.

Auch gegen die Umwandlung von öffentlichen Spitätern in Aktiengesellschaften und weitere Privatisierungsvorlagen müssen wir mit Referenden in den Kantonen kämpfen. In mehreren Kantonen, darunter Zürich und Tessin, hatten wir damit Erfolg. Demnächst wird in Zürich erneut darüber abgestimmt.

Auf Kantons- und Bundesebene bekämpfen wir jeden Versuch, das Budget für die Prämienverbilligungen zu reduzieren. Erst kürzlich waren wir bei den Sparmassnahmen des Bundes erfolgreich, und in mehreren Kantonen haben wir Referenden gewonnen.

Nur eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens kann verhindern, dass die Kosten und die Krankenkassenprämien weiter in die Höhe schiessen.

An ihrer Versammlung vom 24. Juni in Freiburg diskutieren die Delegierten der SP Schweiz über ein neues Positionspapier zum Gesundheitswesen.



Der Gesundheitssektor wird immer mehr zu einem lukrativen Markt. Die Migros etwa besitzt in der gesamten Schweiz 35 Gesundheitszentren.

General Electric: Blackbox für Mitarbeitende und den Staat

DER NAME WAR IM AARGAU ALLGEGENWÄRTIG: VERCHROMTE BBC-SCHILDER WURDEN VON STOLZEN MITARBEITENDEN AN LOKS UND KRAFTWERKTURBINEN GENIETET. HEUTE IST DIE PRODUKTION AUF DIVERSE FIRMENKONGLOMERATE AUFGETEILT. DAZWISCHEN LIEGEN MEHRERE UMSTRUKTURIERUNGEN AUF KOSTEN DER ANGESTELLTEN – UND STEUERDEALS AUF KOSTEN VON UNS ALLEN.



Martin Brügger von Brugg ist SP-Grossrat. Er war als Ingenieur einige Jahre bei BBC/ABB (in aller Welt) tätig.

Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.



1988 entstand aus der schwedischen Asea und BBC (Brown Boveri & Cie.) die ABB (Asea Brown Boveri). Durch den Zusammenschluss der ABB Transportsystem-Firma mit der Verkehrstechniksparte von Daimler-Benz entstand Adtranz. Später wurde die Firma in DaimlerChrysler Rail Systems umbenannt und an den kanadischen Flugzeug- und Schienenkonzern Bombardier verkauft. Aus dem stolzen Kraftwerksgeschäft der BBC entstanden diverse ABB-Tochterfirmen, die teilweise an Alstom verkauft und später von Ansaldo und General Electric (GE) übernommen wurden.

Die Identifikation der Mitarbeitenden mit dem Produkt ist wohl dahin. Und viel schlimmer: Mit den Übernahmen gingen viele Arbeitsplätze im Aargau verloren. Berufsleben wurden zerstört. Leistungsträger mit Erfahrung mussten gehen, Schaumschläger wurden gleichzeitig hochgespült, die ihre Fehlentscheide nicht verantworteten, weil sie beim Scheitern bereits wieder abgesprungen waren und im nächsten Karrierejob standen.

Im Rahmen der einzelnen Schicksalsschläge floss immer wieder Geld in Millionenhöhe von Sozialversicherungen der öffentlichen Hand: Kurzarbeit wird «geleistet» und unterstützt von der Arbeitslosenversicherung, Massenentlassungen werden ausgesprochen, die Arbeitsvermittlungsstellen versuchen zu vermitteln und zu lindern und

offerieren persönlichkeitsorientierte Kurse. Gleichzeitig suggerieren solche Firmen, dass man im einheimischen Arbeitsmarkt keine geeigneten – billigen? – Fachkräfte findet.

SP Aargau stellt Fragen zum Steuerdeal von GE

Was an einem Dezembertag im Jahr 2015 geschah, wirft ein zweifelhaftes Licht auf das internationale Firmen-Imperium von GE: Wie der Tages Anzeiger am 23. Januar 2017 aufdeckte, wurde innerhalb einer Stunde eine Gesellschaft mit Sitz in Baden nach Ungarn und wieder zurück verkauft. Es flossen rund 8,1 Milliarden Euro von der Schweiz nach Ungarn.

Während in der Schweiz allfällige Gewinne zu rund 18 Prozent zu versteuern sind, wird in Ungarn aufgrund wirtschaftsfreundlicher Gesetze mit einem Gewinnsteuersatz von rund 2 Prozent gerechnet. Wie viel Steuersubstrat damit Bund, Kanton und Gemeinde entging, wurde von GE nicht verraten – und auf Anfrage auch nicht vom Kanton Aargau. Ob das mit der Angst zu tun hat, weil GE den Abbau von 900 Stellen in der Schweiz angekündigt hat? Nur so viel: GE betonte, dass sämtliche involvierten Steuerbehörden informiert gewesen seien.

Die SP will nun vom Regierungsrat in einem Postulat wissen, wie informiert dieser wirklich war und wie regelmässig solche Steuerabsprachen mit Unternehmen vorkommen. Und vielleicht ist auch der Regierungsrat interessiert zu wissen, wie viel Geld dem Kanton durch diesen Steuerdeal verloren gegangen ist – und wie «normale» Steuerzahlende solche Deals nachvollziehen sollen ...



KOMMENTAR



Die Viererbande von Unterkulm

Im Jahr 1976 war es, als sich vier politisch Interessierte rund um den jungen Schriftsteller Klaus Merz in Unterkulm gegen die zwiespältige Bewilligung einer Pferderanch zur Wehr setzten und durch ihren Beitritt zur SP die Sektion Unterkulm wachrüttelten. Die Viererbande von Unterkulm nannte man sie. Plötzlich nahm man die SP wieder ernst. Ein paar Jahre später wurde ein Sozialdemokrat Gemeindeammann von Unterkulm.

Im Februar 1977 trat ich – gleichentags wie unsere links.ag-Redaktorin Katharina Kerr – der SP Aarau bei. Es herrschte Aufbruchstimmung. Der Saal im Restaurant Salmen war voll. Zuweilen ging es hitzig zu und her, es wurde diskutiert und auch gestritten. Viele jüngere Genossinnen und Genossen wollten etwas bewegen, konkrete Politik machen. Sie trafen auf aufgestellte Kolleginnen und Kollegen, lernten neue Freundinnen und Freunde kennen. Ein frischer Wind blies durch die Sektion und hinaus in die Stadt.

Am 15. März 2017 erhielt ich an der Generalversammlung der SP Aarau für meine 40 Jahre als SP-Mitglied eine rote Nelke und das Buch «Der neue Klassenkampf» von Slavoj Žižek. Und wieder: Ein voller Saal, viele neue Gesichter, junge Genossinnen und Genossen. Die SP der Stadt Aarau ist attraktiv, zieht an. Über 30 (!) neue Genossinnen und Genossen in einem Jahr. Weil sie wissen: Die SP bewegt!

Die Gemeindepolitik der SP ist attraktiv. Nicht nur für Polit-Füchse und graue Panther, auch für Youngsters und Einsteiger_innen. Wo gibt's die nächste Viererbande?

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat.



Ja zum Asylsozialhilfekredit

Im September 2016 hat der Grosse Rat den Asylsozialhilfekredit für die Jahre 2016 bis 2019 diskutiert und verabschiedet. Es handelt sich um einen Kredit für die vier Jahre von ca. 105 Mio. Franken. Das Geschäft wurde angenommen, alle Parteien ausser der SVP und der EDU unterstützten den Kredit. Die SVP hat darauf das Referendum ergriffen. Deshalb stimmen wir nun am 21. Mai 2017 über diesen Kredit ab.

Um was geht es? Der Bund weist den Kantonen prozentual zur Bevölkerungszahl asylsuchende Menschen zu. Für den Kanton Bern sind dies ca. 13%. Der Bund bezahlt den Kantonen dafür auch einen Pauschalbetrag pro Person. Dieser Beitrag reicht aber bei weitem nicht aus, um die Aufwendungen und Kosten, welche die Kantone haben, zu decken. Gemeinnützige Beschäftigungsprogramme, Sicherheitsleistungen, Sonderunterbringungen und vor allem die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden, UMAs genannt, benötigen wesentlich mehr Geld, als



Regina Fuhrer-Wyss,
Biobäuerin und Grossrätin,
Burgistein

der Bund zur Verfügung stellt. Die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden, also Kinder und Jugendliche, die ohne ihre Eltern die Flucht in die Schweiz unternommen haben, müssen gemäss Kinderrechtskonvention betreut und begleitet werden und sind von Gesetzes wegen verbeiständet. Die meisten der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden werden in der Schweiz bleiben, ihre Schutzquote ist hoch und sie haben eine Langzeitperspektive für ihren Aufenthalt in der Schweiz. Die Integration ist für diese Kinder und Jugendlichen ganz zentral, sie müssen sich auf ihr Leben hier in der Schweiz einstellen. Integration ist die Voraussetzung, um später ein selbständiges und eigenständiges Leben zu führen. Dies ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern im Interesse der ganzen Gesellschaft.

Was passiert, wenn dieser Kredit abgelehnt wird? Die unbegleiteten minderjährigen AsylbewerberInnen könnten nicht mehr ihrem Alter und ihrer Schutzbedürftigkeit entsprechend speziell betreut werden, Integ-

rationsmassnahmen würden massiv gestrichen.

Es ist ein Irrglaube der SVP, dass die Kosten bei einer Ablehnung des Kredites gesenkt werden könnten. Die Kosten für eine den Betroffenen entsprechende Betreuung würden dann bei der KESB, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, anfallen.

Wir wollen eine kinderschutzgerechte Betreuung und Begleitung und eine nachhaltige Perspektive für die UMAs in der Schweiz: Deshalb JA zum Asylsozialhilfekredit.

Nein zum Projektierungskredit für die Verkehrs-sanierung im Oberaargau

Am Parteitag vom 29. März beschloss die SP Kanton Bern nach intensiver Diskussion die Nein-Parole zum Strassengeschäft. Die ausführlichen Pro- und Kontra-Argumente erschienen bereits in der letzten Ausgabe des links.be. Weitere Infos auch unter www.luxusstrasse-nein.ch

21. Mai 2017

Nein

zur Halbierung

Musikschulreferendum mit Sammelrekord

DER UMSTAND, DASS ZUM ERSTEN MAL GEGEN DIE ABBAUPOLITIK DER REGIERUNG UNTERSCHRIEBEN WERDEN KONNTE, MOBILISIERTE VIELE LUZERNERINNEN. SO REICHTE AM 15. FEBRUAR DIE «LUZERNER ALLIANZ FÜR LEBENSQUALITÄT» NICHT WENIGER ALS 22 417 BEGLAUBIGTE UNTERSCHRIFTEN GEGEN DEN ABBAU BEI MUSIKSCHULEN EIN. AUS ZEITLICHEN GRÜNDEN KONNTEN ZUDEM RUND 8000 UNTERSCHRIFTEN NICHT MEHR BEGLAUBIGT WERDEN.

Bedenkt man, dass das bisher höchste Resultat eines Referendums bei gut 14 000 Unterschriften lag, ist es offensichtlich: Für viele Luzernerinnen und Luzerner gehören eine gute Musikschule, Bildung und Kultur zu einem lebenswerten Kanton. Man ist gegen die verfehlte Steuerstrategie, will keinen Bildungsabbau. Die musikalische Bildung unserer Kinder ist zu wichtig, um kurzfristigen Sparbemühungen zum Opfer zu fallen. Alle Kinder und Jugendlichen sollen – unabhängig vom Wohnort und Einkommen der Eltern – von diesem Bildungsangebot gleichberechtigt profitieren können.

Das von Kantons- und Regierungsrat beschlossene Abbaupaket KP17 könnte mit der Halbierung der



Franz Grimm, Abstimmungskomitee «Nein zum Musikschulabbau», Präsident des Verbandes für die Musikschulen des Kantons Luzern

Kantonsbeiträge an die Musikschulen sehr grosse Auswirkungen auf die Elternbeiträge haben. Die Regierung will jährlich 175 Franken pro Kind einsparen beziehungsweise «verlagern». Die fehlenden Kantongelder müssten zwischen Eltern und Gemeinden neu verteilt werden, was massiv höhere Schulgelder zur Folge hätte. Viele Musikschulen beschlossen, die Schulgelder für das Schuljahr 17/18 auf bisherigem Niveau zu belassen. Die Schulprogramme und Preise mussten im März/April für die Neuanmeldung 17/18 publiziert werden, bevor abgestimmt wird. So tönt es wie ein Hohn, wenn die Regierung in der Abstimmungsunterlage sagt: «Eine Erhöhung der Elternbeiträge ist nicht zu befürchten. Di-

verse Gemeinden haben denn auch bereits beschlossen, die Reduktion der kantonalen Beiträge zulasten der Gemeinderechnung zu kompensieren.» Ja, viele Gemeinden haben beschlossen, noch keine Erhöhung vorzunehmen, sie hoffen auf ein positives Abstimmungsresultat. Danke den Gemeinden und Musikschulen für diese Weitsicht! Je nach Abstimmungsausgang bleiben die Schulgelder 2018/19 gleich, oder sie müssen – bei Annahme der Gesetzesvorlage – massiv erhöht werden.

Wir sind auf Ihre Unterstützung angewiesen! Auf unserer Webseite finden Sie mehrere Möglichkeiten, wie Sie sich für unsere Musikschulen engagieren können: www.musikschulreferendum.ch

Wir alle sind Bern – Recht auf Stadt

«WIR ALLE SIND BERN» IST EIN WACHSENDES NETZWERK VON MIGRATIONSPOLITISCHEN ORGANISATIONEN UND INDIVIDUEN, DIE SICH UNTER DEM SCHIRM EINER STADTBÜRGERINNENSCHAFT (URBAN CITIZENSHIP) VERSAMMELN. AUCH IMMER MEHR SP-MITGLIEDER ENGAGIEREN SICH IN DIESEM NETZWERK.

Am vergangenen Parteitag der SP Kanton Bern haben die Delegierten ein erfreulich progressives Positionspapier zur Asylpolitik verabschiedet. Als progressiv kann das Papier bezeichnet werden, weil ganz klar Position bezogen wird zur globalen Systemkrise, die weltweit Konflikte und Migration antreibt, und zu unserer Mitverantwortung für historisch gewachsene ausbeuterische Wirtschaftsformen, denen wir unseren Wohlstand zu verdanken haben. Doch Migration steht uns nicht nur bevor, sie hat unsere Gesellschaft schon längst geprägt und offenbart uns immer deutlicher die Krise der Nationalstaatlichkeit. Gleichzeitig entstehen auch immer mehr Alternativenwürfe, insbesondere in den Städten – denn sie sind seit jeher Orte der Migration, der Auseinandersetzung und der Transformation. Als Wirtschaftsmotoren benötigen sie Migration, als Schmelztiegel bieten sie kosmopolitische Begegnungen, und als öffentliche politische Räume leben

sie von Vielfalt. Das Recht auf Stadt mittels «Urban Citizenship» fordert dieses Versprechen der Stadt ein.

Das Prinzip der Stadtbürgerschaft – Urban Citizenship – wird mit unterschiedlichen Ansätzen bereits in vielen europäischen und nordamerikanischen Städten angegangen: Toronto etwa hat sich zu einer «sanctuary city» erklärt, schützt undokumentierte BewohnerInnen vor Ausschaffung und bietet ihnen den Zugang zu Rechtsberatungsstellen und öffentlichen Dienstleistungen. In New York gelten alle BewohnerInnen dank der NYID als BürgerInnen und haben dadurch Zugang zu diversen Ressourcen und Rechten. An der Silent University in Hamburg kämpfen Sans-Papiers, Asylsuchende und AktivistInnen für ihr Recht auf Stadt. Auch in der Schweiz fordern immer wieder Menschen mehr Rechte und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle und sprengen dabei die alte Logik nationaler Grenzen.

In Bern sind MigrantInnen und ihre Nachkommen, Sans-Papiers, Asylsuchende, Second@s oder People of Color bei der Mitgestaltung des öffentlichen Raumes eingeschlossen. 25 Prozent der Stadtbevölkerung haben kein Stimm- und Wahlrecht. Geflüchtete erfahren Isolation in Durchgangszentren. Sie und Sans-Papiers haben Angst vor Ausschaffung, ihre Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt. Zahlreiche Hürden bei der rechtlichen, politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe sind die Folge. «Wir alle sind Bern» strebt daher eine ausserparlamentarische Bewegung an, die sich dem rassistischen Migrationsregime pragmatisch und radikal, schlaue und weitsichtig entgegenstellt und eine gerechte, postmigrantische Gegenkultur entwickelt. «Urban Citizenship» bietet dabei eine vielversprechende Perspektive auf die Auseinandersetzung um die Gestaltung unserer Gesellschaft: Nicht Herkunft soll im Zentrum stehen, sondern die gemeinsame Zukunft.

Dieser Text ist eine angepasste Version des Grundlagenpapiers vom Netzwerk «Wir alle sind Bern».
Website: www.wirallesindbern.ch



Halua Pinto de Magalhães,
Stadtrat Bern

Das dritte Stadtforum «Wir alle sind Bern» findet am Samstag, 10. Juni um 14 Uhr in der «Stube» im Progr statt.

DENKNETZ

So geht es weiter



1800 Leute haben Anfang Februar am «Reclaim Democracy»-Kongress teilgenommen. Die breite Teilnahme markiert einen Aufbruch: Wir brauchen starke Antworten auf Trump, Erdogan, Orbán, Le Pen, Farage und Blocher, und wir brauchen Orte, um diese Antworten gemeinsam zu entwickeln. Nach einem guten Anfang geht es weiter: am 21. Juni mit der Veranstaltung «Klasse – Gender – Rasse: Die Linke und die Identitätsfrage» und am 10./11. November mit der Tagung «Sozialismus und Demokratie: 100 Jahre Russische Revolution». Im Herbst diskutiert die «Reclaim Democracy»-Kooperationsgemeinschaft die Themen des nächsten Kongresses.

Klasse – Gender – Rasse: Die Linke und die Identitätsfrage

Am Kongress haben Debatten zum Verhältnis linker und identitärer Politik starke Beachtung gefunden, etwa an Veranstaltungen zu Rassismus, Postkolonialismus und Demokratie oder zu feministischen Demokratieagenden. Das Denknetz veranstaltet deshalb in Kooperation mit dem «Widerspruch», WIDE und weiteren Organisationen eine Veranstaltung zu diesen Fragen. Diskutiert werden unter anderem elf Thesen, die das Denknetz erarbeitet.

Abendveranstaltung: Klasse – Gender – Rasse: Die Linke und die Identitätsfrage

Mittwoch, **21. Juni 2017**, 19.30–21.30 Uhr, Volkshaus Zürich

Mit **Katrin Meyer**, Gender Studies Basel; **Rohit Jain**, Soziologe Universität Zürich; **Vanja Alleva**, Präsidentin Unia; **Cédric Wermuth**, Nationalrat SP

Organisiert vom Denknetz in Kooperation mit dem «Widerspruch», WIDE und weiteren Organisationen

Demokratie und Sozialismus: 100 Jahre Russische Revolution

Am 24. Oktober 2017 jährt sich zum hundertsten Mal die Russische Revolution. Die RevolutionärInnen waren 1917 mit dem Versprechen angetreten, die Emanzipation der Menschheit einen wesentlichen Schritt weiterzubringen. Tatsächlich wurde für über sechzig Jahre die Herrschaft des Kapitals über ein riesiges Territorium ausser Kraft gesetzt. Jedoch mündete die Revolution unter Stalin in ein Regime, das in schärfstem Gegensatz zur erhofften «Menschwerdung des Menschen» stand. Das Jahr 2017 soll und muss deshalb Anlass zu einer kritischen Aufarbeitung der Geschichte der Sowjetunion sein. Wie kann deren Entwicklung angemessen nachgezeichnet werden? Wie und warum konnte sich der Stalinismus durchsetzen? Welche Rolle spielten dabei Wille und Absichten der AkteurInnen, welche Rolle die materiellen und historischen Gegebenheiten? Welche Schlüsse lassen sich daraus für eine aktuelle emanzipatorische Politik ziehen? Wie lassen sich Bürokratisierung, Meinungsterror und Despotie in Zukunft vermeiden, wie lässt sich eine umfassende, substanzielle «sozialistische» Demokratie verwirklichen?

Tagung – Sozialismus und Demokratie: 100 Jahre Russische Revolution

Freitag, **10. November**, 18.30 Uhr, bis Samstag, **11. November**, 17.15 Uhr, Hotel Bern, Bern

Mit **Bini Adamczak**, politische Autorin, Berlin; **Boris Kagarlitzki**, Soziologe und bis 1989 dissidenter Marxist, Moskau; **Carmen Scheide**, Privatdozentin für osteuropäische Geschichte an der Universität Bern (angefragt); **Urs Marti**, Professor für politische Philosophie, Zürich; **Helmut Dahmer**, Autor und Soziologe, Wien; **Christoph Jünke**, Autor und Historiker, Bochum

Organisiert vom Denknetz in Kooperation mit den «Neuen Wegen» und weiteren Organisationen – Anmeldung auf www.denknetz.ch, Platzzahl beschränkt.

Delegierte aus aller Welt bekräftigen im Willy-Brandt-Haus in Berlin den Willen zur Stärkung der Progressiven Allianz.



Progressive Allianz – die neue Internationale

Am 12. und 13. März 2017 trafen sich in Berlin über hundert Delegationen von sozialdemokratischen und progressiven Parteien aus aller Welt zum Kongress der Progressiven Allianz. Über dreissig Parteien waren durch ihre Vorsitzenden oder Ministerpräsidenten vertreten, darunter der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Martin Schulz und die sozialdemokratischen Regierungschefs Schwedens, Stefan Löfven, und Portugals, António Costa. Auffällig war die starke Präsenz von Delegationen aus Asien, Afrika und Lateinamerika.

Die Beschlüsse über Leitlinien, Strukturen, politische Grundlagen und Wahlen markierten einen neuen Höhepunkt der erfolgreichen programmatischen und organisatorischen Weiterentwicklung der Progressiven Allianz. Für zahlreiche Schwesterparteien ist es in Zeiten eines neuen Autoritarismus und wachsenden Rechtspopulismus besonders wichtig, weltweit enger zusammenzurücken.

Auch die SP Schweiz, welche die Progressive Allianz von Anfang an unterstützt hat, war mit einer Delegation in Berlin und ist neu auch in den Leitungsgremien vertreten. Die Progressive Allianz entwickelt sich immer deutlicher zur Nachfolgeorganisation der Sozialistischen Internationale, die sich an ihrem kurz zuvor in Cartagena durchgeführten Kongress leider einmal mehr als völlig reformunfähig erwiesen hat. An der Berliner Konferenz der Progressiven Allianz stiess das umfangreiche politisch-programmatische Grundlagendokument «Die Zukunft gestalten» auf breite Zustimmung. In seinem Vorwort plädiert Martin Schulz für eine sozial-ökologische Transformation und damit für ein Konzept, das als strategischer Ansatz auch hinter dem Ende 2016 von der SP verabschiedeten Positionspapier zur Wirtschaftsdemokratie steht.

Weitere Informationen:
<http://progressive-alliance.info>



Als Ayatollah Khomeini kurze Zeit nach dem islamischen Umsturz den Schleierzwang einführen wollte, gingen in Teheran und anderen iranischen Grossstädten am 8. März 1979 etwa 150 000 Frauen auf die Strasse, um dagegen zu protestieren.

Bürgerinnen zweiter Klasse

IN DER ISLAMISCHEN REPUBLIK WERDEN FRAUEN IN DER FAMILIE UND AM ARBEITSPLATZ DISKRIMINIERT. GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT GILT ALS «WESTLICHE IDEE».

Die Frauen waren die ersten Opfer, als die islamische Republik 1979 die Macht im Iran eroberte: Nur zwei Wochen nach der anti-monarchischen Revolution und kurz vor dem 8. März desselben Jahres befahl Khomeini allen Frauen, sich nur noch mit Kopftuch in staatliche Ämter zu begeben. Wegen des Widerstands von Frauen und progressiven Organisationen konnte der Befehl erst am 5. Juli 1980 umgesetzt werden. Ab diesem Tag aber mussten viele Frauen widerwillig das Kopftuch tragen oder sogar ihre Arbeitsstelle verlassen.

Das obligatorische Kopftuch war nur der Anfang der Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz im Iran.

Riesige wirtschaftliche Ungleichheit

Im Bericht des Weltwirtschaftsforums über die ökonomische Ungleichheit der Geschlechter war Iran im Jahr 2014 von 142 Ländern auf dem 137. Platz. Die wirtschaftliche Partizipationsquote der Frauen ist im Iran sehr tief. Schahindoخت Mollaverdi, Hassan Rohanis Vizepräsidentin im Ressort Frauenangelegenheiten und Familie, hat sie als die geringste der Welt beschrieben.

Die «Hemayat Zeitung», die der iranischen Judikative gehört, vermeldete in einem Bericht am 31. Dezember 2016, dass nur 11 Pro-



Nima Pour Jakob ist Menschenrechtsaktivist und lebt seit fünf Jahren als anerkannter Flüchtling in der Schweiz.

zent der offiziellen Arbeitskräfte in Iran Frauen seien und es 14 Millionen Hausfrauen gebe. Von den 3 Millionen Frauen, die arbeiten, sind 1,64 Millionen gleichzeitig «Haushälterin». Das heisst, sie schauen zu ihren Kindern und vielleicht auch noch ihren Eltern.

Laut der Website des Amtes für Statistik Irans hat die Arbeitslosigkeit bei Frauen von 33 Prozent im Jahr 2005 auf 43 Prozent 2011 zugenommen. Die Zunahme ist laut dem Arbeitsminister der Regierung Rohani doppelt so gross wie bei den Männern. Dabei gilt es zu bedenken, dass Kinder ab zehn Jahren in die Erhebungen einbezogen werden und alle, die mindestens eine Stunde pro Woche arbeiten, als berufstätig gelten.

Schlechte Bezahlung

Dazu kommt, dass die berufstätigen Frauen viel zu wenig verdienen. Nach den Forschungsergebnissen des Amtes für Frauenangelegenheiten und Familie, die 2015 veröffentlicht wurden, hatten 22 Prozent der Prostituierten in der Hauptstadt Teheran vorher in anderen Berufen gearbeitet, mussten nun aber wegen des minimalen Einkommens ihren Körper verkaufen. Viele Frauen versuchen sich wegen solcher Probleme das Leben zu nehmen.

Die schlechte wirtschaftliche Situation der Frauen zeigt vor allem, dass die islamische Republik sie als Bürger zweiter Klasse betrachtet. Am 19. März sagte Ali Khamenei, der Führer der islamischen Republik, die Geschlechtergleichheit sei

eine «westliche Idee» und «sehr wahrscheinlich eine Verschwörung der Zionisten». Er hatte früher auch auf die «mütterliche Rolle der Frauen und die wirtschaftliche Rolle der Männer» in der Familie bestanden. Das wird auch im Gesetz klar dargestellt. Nach dem iranischen Zivilgesetz kann der Mann bestimmen, in welchem Beruf die Frau tätig sein darf, und ihr die Berufe verbieten, die der «Würde der Familie» aus seiner Sicht schaden. Das Gesetz hat die «Würde der Familie» jedoch nicht definiert, was dem Mann die Möglichkeit bietet, die Frau massiv einzuschränken.

Es braucht ein anderes politisches System

Dies ist nur ein kleiner Teil der Diskriminierung von Frauen, die ersten und gleichzeitig Hauptopfer des fundamentalistischen Regimes im Iran. Im Iran gibt es immer noch keine offiziellen Statistiken zur Gewalt gegen Frauen am Arbeitsplatz, und der Staat erlaubt niemandem, dieses Thema zu erforschen. Ursache dieser Probleme ist nicht die Verwaltung oder das politische Kabinett, sondern das Scharia-Gesetz, das den Kern der islamischen Republik bildet.

Um jede Art der Diskriminierung von Frauen im Iran zu eliminieren, braucht es ein politisches System, das auf Freiheit, Gerechtigkeit und der Trennung von Religion und Staat basiert. Die iranischen Frauen, die Arbeiterinnen und Arbeiter brauchen die Solidarität ihrer Genossinnen und Genossen auf der ganzen Welt, um dieses Ziel zu erreichen.

«Hate Crimes» stoppen

BESCHIMPFUNGEN, ANSPUCKEN, TÄTLICHE ÜBERGRIFFE: DISKRIMINIERUNG VON HOMO- UND TRANSSEXUELLEN IST AUCH IN DER SCHWEIZ ALLTAG. MIT DER NEU GESCHAFFENEN LGBT+-HELPLINE SCHWEIZ GIBT ES JETZT ENDLICH EINE ANLAUF- UND MELDESTELLE FÜR BETROFFENE.

Immer wieder kommt es zu psychischen und physischen Attacken auf Schwule, Lesben und Transmenschen. Erhärtete Zahlen, wie häufig solche «Hate Crimes», also Hassverbrechen gegen LGBT+, sind, gab es in der Schweiz bislang aber nicht. Grund dafür ist, dass Vorfälle, die der Polizei gemeldet werden, von den Behörden nicht explizit als Hate Crime kategorisiert werden. Wird jemand aufgrund seiner Hautfarbe angepöbelt, ist die Polizei verpflichtet, einen solchen Vorfall als rassistischen Übergriff zu erfassen. Viele

Lilly Toriola, Pink Cross

Betroffene wussten deshalb in der Vergangenheit nicht, wohin sie sich wenden sollten, wenn sie Diskriminierung erlebten. Andere wiederum suchten aus Scham keine Hilfe.

Ernst zu nehmendes Problem

Bislang sind auf politischer Ebene keine Bestrebungen im Gang, Gewalt gegen Homo- und Transsexuelle in der Schweiz systematisch zu erfassen. Der Bundesrat hält den Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität zwar für wichtig. Die Einführung eines effizienten, einheitlichen und für alle Kantone verbindlichen Datenerfassungssystems sei jedoch schwierig, so der Bundesrat in seiner Antwort auf eine entsprechende Interpellation: «Es dürften umfangreiche Investitionen nötig sein, um dieses Ziel zu erreichen.» Die hohen Investitionskosten, die bei Kantonen und Bund anfallen würden, seien mit der Qualität und dem Nutzen der Statistik abzuwägen, so der Bundesrat weiter.

Andere europäische Länder sind bezüglich der Erfassung von Hate Crime deutlich weiter als die Schweiz. In Schweden oder Grossbritannien, wo die Polizei Hate Crimes explizit als solche erfasst, werden pro Jahr mehr als 6000 Fälle registriert. Dass Hate Crime auch in der Schweiz ein ernst zu nehmendes Problem ist, zeigen Untersuchungen von Pink Cross. Bei einer Umfrage an der letzten «Zürich Pride» gaben 66 Prozent der 124 befragten homosexuellen Menschen an, in den letzten zwölf Monaten Opfer von Beleidigung, unterlassener Hilfeleistung oder Gewalt geworden zu sein.

Beratung und Erfassung

Damit Betroffene nicht weiter ohne Unterstützung sind, hat Pink Cross 2016 gemeinsam mit Pink Cop, Queeramnesty, Transgender Network Switzerland, der Lesbenorganisation Schweiz LOS und Du-bist-Du kurzerhand selbst eine Beratungs- und Meldestelle ins Leben gerufen. «Das langfristige Ziel bleibt, dass die Polizei Hate Crime dereinst systematisch erfasst. Solange dies nicht geschieht, übernehmen wir diese Arbeit mit der LGBT+ Helpline Schweiz notgedrungen selbst», sagt Pink-Cross-Geschäftsleiter Bastian Baumann.

Die 24-Stunden-Hotline fungiert gleichzeitig als Beratungs- wie auch als Erfassungsstelle. Mehr als 30 ehrenamtliche Beraterinnen und Berater unterstützen Betroffene telefonisch und per E-Mail. Gleichzeitig erfassen die Beraterinnen und Berater die gemeldeten Vorfälle systematisch mit einem standardisierten Fragebogen. Ab diesem Jahr werden somit erstmals gesicherte Zahlen zu Hate Crimes in der Schweiz vorliegen. Die anonymisierten Vorfälle werden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE rapportiert, die einen jährlichen Bericht zur Situation in Europa verfasst. Wie wichtig die Schaffung einer nationalen Meldestelle für trans- und homophobe Gewalt in der Schweiz ist, zeigen die ersten Zahlen der Helpline: Nach der Lancierung 2016 gingen innerhalb von zwei Monaten über 100 Meldungen ein.

www.lgbt-helpline.ch

**GEMEINSAM
STOPPEN WIR
HATE
CRIME
AN LESBEN,
SCHWULEN UND
TRANSMENSCHEN.**

Hate Crimes, sogenannte Hassverbrechen, finden auch hier statt. Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transmenschen werden auch in der Schweiz Opfer von Gewalt. Wir aber tolerieren keine Beschimpfungen, Belästigungen oder Angriffe. Wurdest du Opfer oder Zeuge eines homo- oder transphoben Vorfalles? Melde den Fall unserer 24-Stunden-Hotline **0800 133 133** oder anonym unter **www.lgbt-helpline.ch**



Mittelstand – ein antilinkes Konzept

IN IHRER KAMPAGNE GEGEN DIE UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III HAT DIE SP AUF DEN MITTELSTAND FOKUSSIERT – UND EINEN HISTORISCHEN SIEG ERRUNGEN. TROTZDEM: DER MITTELSTAND KANN NICHT UNSERE REFERENZ SEIN.

«Nein zum Bschiss am Mittelstand!» – mit diesem sehr eingängigen Slogan hat die SP mit ihren Verbündeten einen der grössten Erfolge an der Urne der letzten Jahre eingefahren: das deutliche Nein zur Unternehmenssteuerreform III. Der Slogan wollte im Wesentlichen sagen, dass die Mehrheit «da unten» sich von der Minderheit «da oben» nicht mehr länger finanziell hinters Licht führen oder eben «bescheissen» lässt. Harte Worte für eine Partei, die sich in ihrer jüngeren Geschichte immer wieder die politische Korrektheit auf die Fahne schrieb.

Ein Stück Linkspopulismus

Seit einigen Jahren gibt es in der europäischen Linken eine sehr lebhaft debattierte Debatte darum, wie sich die Linke nach der Finanzkrise von 2008 neu aufstellen soll. Insbesondere die neuen Linksparteien in den südeuropäischen Ländern plädieren dabei für einen Linkspopulismus. Die Idee des Linkspopulismus stammt vom



Cédric Wermuth,
Nationalrat AG

Philosophen Ernesto Laclau und der Philosophin Chantal Mouffe.¹ Populismus ist für Laclau und Mouffe zunächst einmal die neutrale Beschreibung einer politischen Strategie. Einer Strategie, die versucht, begrifflich wie politisch «das Volk» (lat: *populus*) gegen «die Eliten» aufzustellen. Ihr Argument geht ungefähr wie folgt: Für die Linke gibt es keine «natürliche Basis» mehr in der Gesellschaft. So, wie das einst vielleicht die Arbeiterklasse war. Politische Macht baut heute vielmehr auf der Koalition einer Vielzahl von verschiedenen Gruppen auf, die bestimmte Interessen und ein bestimmtes Verständnis davon teilen, wie die Welt funktionieren sollte. Eine solche Koalition nennt man in Anlehnung an den italienischen Theoretiker und Kommunisten Antonio Gramsci einen «historischen Block».

Der Linken fehlt also eine quasi «natürliche» Identität. Unter den Linken gibt es solche, die sich ge-

gen Ungleichheit und Ausbeutung einsetzen, Feministinnen und Feministen, Friedensbewegte, ökologisch Engagierte und so weiter. All diese Linken haben zuerst einmal keine gemeinsame Identität, auf die sie sich berufen können. Diese Identität, so die Idee, muss deshalb durch politische Arbeit geschaffen werden. Es geht darum, ein gemeinsames Verständnis, eine Weltsicht und auch eine Begrifflichkeit zu entwickeln, die die verschiedenen Formen von «Linkssein» zusammenbringt. Durch dieses Verständnis eines «Wir» entsteht automatisch das «Sie». «Wir» sind jene, die für die Interessen der Mehrheit, das Volk, die 99 Prozent sprechen. «Sie» sind die Elite. Dieses Zusammenfassen des «Wir» als das Volk (*populus*) gegen das «Sie» nennen Mouffe und Laclau «Linkspopulismus». Das «Wir gegen sie» geht in ihren neueren Schriften sogar so weit, dass die Grenzen zwischen links und rechts verschwinden. Die spanische Linkspartei Podemos versucht – zumindest tat sie das bis vor kurzem – das Konzept ziemlich theoriegetreu umzusetzen.² Und

eigentlich will ja auch der Slogan «Nein zum Bschiss am Mittelstand» nichts anderes. Er versucht einen begrifflichen Zusammenhang zu schaffen zwischen der Mehrheit, also dem Wir, dem Mittelstand, und dem Sie, also der Economiestuisse, den Grossunternehmen, der Elite, die uns bescheissen.

Mittelstand: Ein antilinkes Konzept

Der Versuch in dieser Kampagne war durchaus mutig, keine Frage. Er offenbart aber eben auch die jahrelang liegen gebliebene Arbeit an der eigenen Gesellschaftsanalyse und Begriffsarbeit. Mit Verlaub, Mittelstand kann es nicht sein. Weder politisch noch begrifflich. Die Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Wehling weist in ihrem Buch «Politisches Framing» darauf hin, dass jeder Begriff, den wir verwenden, ein grosses historisches Kapital mit sich schleppt.³ Wenn wir «Schweiz» sagen, verbinden Sprecherin und Hörerin damit mehr als 40 000 Quadratkilometer Fläche. Es sind gleichzeitig Emotionen, Bilder, Werte. Genauso ist es mit dem Mittelstand. Der Mittelstand ist ein Begriff, der irgendwann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erstmals auftaucht. Und zwar nicht per Zufall, sondern als Reaktion auf eine erstarkende Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter und ihre politischen Organisationen, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Diese nehmen in Anspruch, die grosse Mehrheit der Gesellschaft zu vertreten, nämlich all jene, die von Lohn (und später Rente) leben. Der Mittelstand sollte einen Keil treiben in das Ansinnen, eine Mehrheit der Gesellschaft hinter sich zu scharen. Er etabliert sprachlich und gedanklich die Idee einer Mitte, die sich anstrengt und es «geschafft» hat. Die nicht zu den faulen Profiteuren in der sozialen Hängematte gehört – also nicht von staatlichen Transfers abhängig ist –, aber auch Mass halten kann und nicht in den Verruf kommt, zu «denen oben» zu gehören. Ihnen aber letztendlich eben auch nicht gefährlich wird. Der Mittelstand bekommt so eine moralische Qualität, er ist der Ort des Guten in der Gesellschaft. Es ging den bürgerlichen Strategen immer genau darum, eine kollektive Identität gegen andere zu schaffen. Mit den Worten von Laclau und Mouffe: einen Populismus der Mitte.

Eine Mittelstands-politik wird immer für die formuliert, die es aus eigener Kraft geschafft haben.

Unten gegen oben – aber richtig!

Heute hat der Mittelstand diese populistische Funktion nach wie vor. Der Begriff kommt mir manchmal fast religiös verklärt vor. Eigentlich weiss niemand so ganz genau, wer oder was dieser Mittelstand sein soll, aber alle reissen sich um ihn. Die politischen Probleme werden durch das Prisma «Was bedeutet das für den Mittelstand?» angeschaut. Für die Linke ist das höchst problematisch. Sprache und Analyse lassen sich nicht trennen. Ich kann eine Gesellschaft nur in den Kategorien analysieren, die ich begrifflich fassen kann – und umgekehrt.

Das verschleiert erstens den klaren Blick auf die Realität. Die Idee, wir seien heute alle Nutzniesserinnen und Nutzniesser der sich immer weiter ausdehnenden «Mitte», ist schlicht falsch. Nach üblicher, statistischer Definition in den meisten Studien gehören rund 60 Prozent der Beschäftigten zum Mittelstand.⁴ Das führt zu eher absurden Resultaten. Vergessen gehen die 20 Prozent klassische Arbeiterinnen und Arbeiter in Industrie und Gewerbe und weitere zirka 40 Prozent Angestellte, denen jedes Privileg fehlt, das man üblicherweise dem Mittelstand zuschreibt: Sie haben keine weitergehende Ausbildung, ihr Arbeitsfeld ist weitgehend fremdbestimmt, sie verdienen bescheidene Löhne zwischen 3500 und 6000 Franken und kommen damit nie dazu, auch nur ein bescheidenes Vermögen zu bilden.⁵

Gesellschaftliche Probleme als Probleme des Mittelstandes zu begreifen, bedeutet zweitens auch eine Logik, die gegen unten ausschliesst. Sie macht die Probleme der erwähnten Arbeiterinnen, Angestellten, aber gerade auch der Armutsbetroffenen, der Arbeitslosen, der Asylsuchenden, von Migrantinnen und Migranten, der Sans Papiers, der alleinerziehenden Frauen, der Working Poor zu Problemen zweiten Grades. Der deutsche Soziologe Klaus Dörre hat im Februar an der Veranstaltung der SP-Fraktion «Die Fraktion lädt ein» auf die sogenannte performative Kraft der politischen Sprache hingewiesen. Dass die Politik also mit der Sprache, die sie wählt, ganze Gruppen in einer Gesellschaft ein- oder eben ausschliessen kann. Und dass eben genau der «Mittelstandslobbyismus» der grossen Volksparteien Raum geschaffen hat für die neue Rechte. Es ist kein Zufall, dass

diese europaweit gerade bei Arbeitslosen überdurchschnittlich Anklang findet: Sie fühlen sich schon rein sprachlich von der politischen Elite nicht mehr ernst genommen und mitgemeint.

Eine Mittelstandspolitik wird immer formuliert für die, die es aus eigener Kraft geschafft haben, für die «Leistungsträgerinnen» und «Leistungsträger». Gegen die, die es nicht selber geschafft haben. Genau diesen Effekt hat übrigens der 12. Februar im Kleinen bestätigt: Es war für den gleichen Mittelstand, der in Bausch und Bogen neue Steuerprivilegien für «die oben» abgelehnt hat, kein Problem, gleichzeitig im Aargau die Forderung nach Beihilfen für Familien in Armut und einen Ausbau der Arbeitslosenunterstützung und in Schwyz die Steuerbefreiung des Existenzminimums mit den gleichen Mehrheiten zu verwerfen. Natürlich gibt es keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Nein auf nationaler und dem auf kantonaler Ebene, aber beide Logiken – gegen unten und gegen oben – passen zusammen. Die Idee des Mittelstands ist Populismus in Reinkultur. Tatsächlich hat in der Schweiz eine Partei diesen Populismus der Mitte perfektioniert – sie trägt einen Buchstaben mehr als wir in der Abkürzung und schmückt sich mit dem Slogan «Die Partei des Mittelstands».

Es liegt mir fern, irgendjemandem die Freude über den 12. Februar verbieten zu wollen. Der Sieg war tatsächlich ein grosser, ja, ein historischer. Er hat das Potenzial, die finanz- und wirtschaftspolitischen Mehrheitsverhältnisse zumindest für diese Legislatur nachhaltig zu erschüttern. Bewegungen haben sich immer auf eine kollektive Identität berufen, ob das nun die Klasse war, die Nation oder das Volk. Und ja, natürlich fehlt der Linken heute diese Identität, diese heimatliche Zugehörigkeit. Und es ist absolut richtig, dass die Sozialdemokratie die Differenz zwischen «unten» und «oben», zwischen der Mehrheit und der Elite wieder vermehrt anspricht. In genau diese Richtung müssen wir uns weiter bewegen. Aber wir müssen uns auch bewusst sein, dass politische Sprache immer auch gesellschaftliche Realitäten mitformt, eben performativ wirkt. Und der Mittelstand formt sicher keine sozialdemokratischen Realitäten.

¹ vgl. zum Beispiel Laclau Ernesto (2005): On Populist Reason.

² Der Vordenker des links-populistischen Flügels von Podemos, Íñigo Errejón, hat zusammen mit Chantal Mouffe ein Buch über diese Strategie geschrieben: Mouffe Chantal, Errejón Íñigo (2015): Construir pueblo.

³ Wehling Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht.

⁴ 70–150 % des Medianlohns

⁵ Rieger Andreas, Pfister Pascal, Alleva Vania (2012): Verkannte Arbeit, Dienstleistungsangestellte in der Schweiz.

Thurgauer Transparenzwochen

UM DEM SAMMELN FÜR DIE TRANSPARENZINITIATIVE EINEN POLITISCHEN RAHMEN ZU GEBEN, HABEN WIR «TRANSPARENZWOCHEN» ORGANISIERT. WÄHREND DIESER SOLLEN SICH NICHT NUR UNSERE MITGLIEDER MIT DEM THEMA BEFASSEN, SONDERN ALLE THURGAUERINNEN UND THURGAUER.

Den Startschuss für die Transparenzwochen gibt ein kantonaler Sammeltag für die Transparenzinitiative am 22. April, zu welchem alle Sektionen aufgerufen sind, eine Aktion durchzuführen. Um möglichst allen Mitgliedern einen Sammelort in ihrer Nähe zu bieten, haben Geschäftsleitungsmitglieder in drei regionalen Zentren die Organisation übernommen. Für die Aktionen schlagen wir vor, Bodenzeitungen zu machen. Die Bodenzeitung ist ein grosses Plakat, das aufgehängt oder auf den Boden gelegt wird und als Blickfang sowie zur Interaktion dient. Auf der Bodenzeitung werden Informationen zur Aktion und thematisch passende Fragen notiert, etwa «Wünschen Sie mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung?». Mit Kleberli oder Stiften können die Passantinnen und Passanten ihre Position (rechts Ja, links Nein) auf einer Linie markieren. Für diejenigen Sektionen, die keinen Platz für Standaktionen haben, produzieren wir Plakataufsteller.

Während der beiden Transparenzwochen fordern wir die Bevölkerung dazu auf, ihre Beobachtungen und Anliegen in Sachen transparente Verwaltung, politische Prozesse und Finanzierung in ihrer Gemeinde

oder dem Kanton zu melden. Dafür richten wir eine Hotline und eine eigene Mailadresse ein, die wir an einer Pressekonferenz und auf unseren Online-Kanälen ankünden. Das Ziel ist, aus diesen Rückmeldungen aus der Bevölkerung festzustellen, wo weiterer Handlungsbedarf oder Verbesserungsmöglichkeiten für die Abläufe in Politik und Verwaltung bestehen. Daraus sollen Vorstösse im Kantonsparlament, den vier Gemeindeparlamenten und möglichst auch den Gemeindeversammlungen resultieren.

Den Abschluss der Transparenzwochen bildet am 3. Mai in Frauenfeld der öffentliche Vortrag von André Golliez, Präsident des Vereins «opendata.ch». Golliez referiert über «Open Government Data» (kurz:



Nina Schläfli, Präsidentin SP Thurgau



Julian Fitze, politischer Sekretär SP Thurgau

OGD). Das OGD-Konzept sieht vor, Verwaltungsdaten grundsätzlich öffentlich zugänglich zu machen und nur bei Dokumenten, die explizit der Geheimhaltung unterliegen oder sensible Personendaten enthalten, von einer Veröffentlichung abzusehen. Damit verlangen Golliez und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Verwaltungsdaten.

Unser Ziel ist, neben dem Themensetting und der Aktivierung unserer Basis, in diesem Zeitraum 1000 Unterschriften für die Transparenzinitiative zu sammeln. Darüber hinaus ist geplant, das Thema Transparenz nachhaltig zu bewirtschaften. Eine erste Möglichkeit bietet sich beispielsweise durch eine aktive Unterstützung der geplanten Initiative zur Einführung des Öffentlichkeitsprinzips im Kanton Thurgau, die derzeit unter der Federführung der GLP von verschiedenen engagierten Politikerinnen und Politikern vorbereitet wird.



Wir müssen noch 50 000 Unterschriften sammeln – hilfst du mit?

Oft kannst du nur spekulieren, wer hinter politischen Kampagnen steckt. Die Transparenz-Initiative ändert das. Wir haben die Hälfte der 100 000 Unterschriften zusammen. Bis im Herbst müssen wir den Rest sammeln. Am 8. April, 13. Mai, 10. Juni und 1. Juli finden überall in der Schweiz nationale Sammeltage statt. Schreibe dich jetzt für eine der über 80 Aktionen ein! spschweiz.ch/sammeltage

KALT DUSCHEN MIT DORIS

Eine Heizgrenze von 18 Grad, nur bei Sonnenschein waschen und staubsaugen, ein Fleischverbot, Importbeschränkungen bei exotischen Früchten und – Gott bewahre! – eine Kaffeerationierung. Das alles blüht uns, wenn die Energiestrategie vom Souverän angenommen wird. Während das Layout des SVP-Flyers sauber abgekupfert ist, überzeugt er inhaltlich mit erheblicher Eigenleistung.

Eine «Planwirtschaft» erwartet uns, jawohl! Eine noch nie da gewesene Mangelwirtschaft! Die Kriegsjahre und Kim Jong Uns Nordkorea können einpacken! Diese Vorlage – vom Leibhaftigen und von Links-

grünen ersonnen – katapultiert uns zurück in die Steinzeit. Mindestens.

Jeder Teebeutel muss künftig siebenmal verwendet werden, die Sendezeit von SRF Musikwelle wird auf vier Stunden plafoniert und Burezmorge müssen vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung bewilligt werden. Ins Incarom-Kafi gibts Kondensmilch, wenn überhaupt. WC-Papier wird gereinigt, Secondhand-Wattestäbchen im Freundeskreis getauscht. In der Migros kostet das Plastiksäckli neu 10 Stutz und Licht gibt es nur noch, wenn die Sonne scheint. Lachen verbraucht Sauerstoff und ist verboten. Joggen sowieso, das verbrennt unnötig Kalorien. Deshalb gilt für Fussgänger

STEFAN KRATTIGER

ROT STICH



ein Tempolimit von sechs Stundenkilometern. Eine Ein-Kind-Politik für alle Linkshänder wird geprüft.

Es ist die Hölle! Kalt duschen mit Doris! Die wohl drastischsten Einschränkungen: SVP-Politiker dürfen nur noch halb so viel warme Luft ausstossen wie heute, und der Druck von Abstimmungspropaganda mit einem Wahrheitsgehalt von unter 3 % wird auf Verfassungsstufe («Masseneinstampfungsinitiative») verboten, dem (politischen) Klima zuliebe. Manchmal ist Verzicht eben auch ein Gewinn. Ich sage deshalb am 21. Mai aus Überzeugung Ja zur Energiestrategie!

Die Wirtschaft verstehen

D1.8.1707
4.–5. Mai 2017, Männedorf ZH, Seminarhaus Boldern
Ökonomische Grundbegriffe und Zusammenhänge, bezahlte und unbezahlte Arbeit, Rezepte der Gewerkschaften für eine gerechtere Wirtschaft
ReferentInnen: David Gallusser (Ökonom), Daniel Lampart (SGB), Danièle Lenzin (Unia)

Mindmapping D2.6.1706

10. Mai 2017, Solothurn, Hotel Roter Turm
Methode des Mindmapping, Übungen, Beispiele und Aufgaben
Referent: Michael Liechti (Erwachsenenbildner)

Digitalisierung der Arbeitswelt: Risiko oder Chance? D1.8.1709

16. Juni 2017, Bern, Unia Zentralsekretariat
Ansatzpunkte und Formen der Digitalisierung der Arbeitswelt. Folgen der Digitalisierung bezüglich Arbeitsanforderungen, Qualifikationen, Belastungen, Zusammenarbeit, betrieblicher Führung und Kontrolle; Problemlagen und Herausforderungen für die Gestaltung von Arbeit, Perspektiven der betrieblichen Interessenvertretung
Referent: Martin Kuhlmann (Arbeits- und Industriesoziologe)

Streikbewegungen in der Schweiz – einst und jetzt!

D1.8.1710
21. Juni 2017, Zürich, Schweizerisches Sozialarchiv
Streiks in der Schweiz – vom Landesstreik 1918 bis heute, Beispiele von erfolgreichen Arbeitskämpfen der jüngsten Zeit
ReferentInnen: Adrian Zimmermann (Historiker), Christine Goll (Movendo), Christian Koller (Schweiz. Sozialarchiv)

Kollektive Entlassungen:

Was tun? D1.8.1708
22.–23. Juni 2017, Sigriswil, Solbadhotel
Konsultation, Alternativen zu Entlassungen, Mobilisierung, Sozialplan
Referenten: Christian Gusset (Unia), Manuel Wyss (Unia)

Betriebsinterne Öffentlichkeitsarbeit für die Personalvertretung D1.7.1714

28.–29. Juni 2017, Sigriswil, Solbadhotel
Professionelle Kommunikation der PV, Analyse und Konzeption von Selbstdarstellungen anhand konkreter Fallbeispiele
Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Gute Arbeit – gute Lebensbedingungen B2.1.1701

Tagung in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbund (SGB)

7. Juli 2017, Fribourg, NH Hotel
Analyse der Situation der Arbeitnehmenden, wirtschaftliche Entwicklung, gewerkschaftliche Strategien und Massnahmen
ReferentInnen: Doris Bianchi (SGB), Regula Bühlmann (SGB), Paul Rechsteiner (Präsident SGB und Ständerat)

Im Team der Personalvertretung arbeiten D1.7.1711

17.–18. August 2017, Oberdorf SO, Fortbildungszentrum
Teamdefinition, Teamentwicklung, Kriterien eines leistungsfähigen PV-Teams, Rollen und Arbeitsteilung
Referentin: Regula Müller (Movendo)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70.

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2016/2017

6. MAI
Mitgliederkonferenz SP60+, Bern

21. MAI
Abstimmungen

24. JUNI
Delegiertenversammlung, Freiburg

24. SEPTEMBER
Abstimmungen

14. OKTOBER
Delegiertenversammlung, Olten

1. NOVEMBER
Abstimmungen

11. NOVEMBER
Herbstanlass SP60+, Zürich

Vorankündigung

4. SP-SOMMERUNI 3.–6. AUGUST 2017

Die vierte Sommeruni findet wieder in Chandolin/VS statt. Von der Nationalrätin bis zum Basismitglied treffen sich dort die verschiedensten Menschen zum politischen Austausch. Dokumentation und Bilder der letztjährigen Sommeruni gibts unter www.spschweiz.ch/sommeruni



12. SP-PLAUSCH-FUSSBALLTURNIER

Sonntag, 11. Juni 2017 in Olten

Turnierdauer 🚩 ca. 9–16 Uhr, definitive Zeiten nach Eingang der Teammeldungen (längerer Anreiseweg wird berücksichtigt)
Spielort 🚩 Bifangmatte, Olten, gemütlicher und grosszügiger Spielplatz mitten in der Stadt, vom Bahnhof 5 Min. zu Fuss
Team 🚩 Es wird mit jeweils 6 SpielerInnen gespielt. Gemischte Mannschaften starten mit 1 Goal als kleinem Vorteil

Schuhe 🚩 gestattet sind Nockenschuhe, aber ohne Metallstollen
Garderoben 🚩 Sind genügend vorhanden
Preise 🚩 Alle Mannschaften erhalten zumindest einen Naturalpreis
Einsatz 🚩 60 Franken für Unkosten usw. Kann am Spieltag beglichen werden.
Mittagessen 🚩 Wir führen eine Festwirtschaft mit Mittagessen

Wetter 🚩 Die Bifangmatte ist ein Allwetterplatz, aber bei schlechtem Wetter gibt Tel. 078 674 79 11 ab 7 Uhr Auskunft über die Durchführung

Anmelden 🚩 bis 22. Mai 2017 urs.huber@sev-online.ch
078 674 79 11





**GEWONNEN,
DANK EUCH!**